

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>19.04.2024</b>
Thema	<b>Verbände</b>
Schlagworte	<b>Waffenbesitz und Waffenhandel</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1990 - 01.01.2020</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernet, Samuel  
Gsteiger, Christian  
Hirter, Hans

## Bevorzugte Zitierweise

Bernet, Samuel; Gsteiger, Christian; Hirter, Hans 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Verbände, Waffenbesitz und Waffenhandel, 1997 – 2019*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 19.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	<b>1</b>
Verbände	1
Überparteiliche politische Interessen / Think Tanks	1
Gewerbe, Dienstleistungen, Konsum	2
Arbeitnehmer, Gewerkschaften	3

## Abkürzungsverzeichnis

<b>AUNS</b>	Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>SGB</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>SGV</b>	Schweizerischer Gewerbeverband
<b>VPOD</b>	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste
<b>GBI</b>	Gewerkschaft Bau und Industrie
<b>SDA</b>	Schweizerische Depeschagentur AG
<b>GSoA</b>	Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
<b>SMUV</b>	Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (urspr. Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband)

---

<b>ASIN</b>	Action pour une Suisse Indépendante et Neutre
<b>UE</b>	Union européenne
<b>USS</b>	Union syndicale suisse
<b>USAM</b>	Union suisse des arts et métiers
<b>SSP</b>	syndicats des Services publics
<b>SIB</b>	Syndicat industrie et bâtiment
<b>ATS</b>	Agence Télégraphique Suisse SA
<b>GSsA</b>	Groupe pour une Suisse sans Armée
<b>FTMH</b>	Syndicat de l'industrie, de la construction et des services (initialement Fédération suisse des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie)

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Verbände

### Überparteiliche politische Interessen / Think Tanks

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 06.10.2007  
HANS HIRTER

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (**GSoA**), welche im Berichtsjahr ihr 25jähriges Bestehen feierte, reichte im Oktober ihre Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten ein.<sup>1</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 29.11.2009  
HANS HIRTER

Die **Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)** reichte im Juni ihre Volksinitiative gegen die Beschaffung neuer **Kampfflugzeuge** ein. Am 29. November erlitt sie in der Volksabstimmung über ihre Initiative für ein **Kriegsmaterialexportverbot** eine deutliche Niederlage. Nur 32% der Bürgerinnen und Bürger stimmten dem Begehren zu. Die Vox-Analyse zeigte, dass der Vorstoss der GSoA nur gerade von Personen, die sich zur äusseren Linken zählen, vorbehaltlos unterstützt wurde. Obwohl die SP die Ja-Parole ausgegeben hatte, legten mehr als 40% ihrer Sympathisanten ein Nein in die Urne.<sup>2</sup>

**VERBANDSCHRONIK**  
DATUM: 14.10.2017  
SAMUEL BERNET

Am 14. Oktober 2017 trat **ProTell**, die Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht, in den Fokus der Öffentlichkeit, weil bekannt wurde, dass Bundesratskandidat **Ignazio Cassis** (fdp, TI) im September 2017, rund eine Woche vor seiner Wahl in den Bundesrat, dem Verein beigetreten war. ProTell hatte die drei FDP-Bundesratskandidaten Pierre Maudet (GE, fdp), Isabelle Moret (fdp, VD) und Ignazio Cassis vor der Bundesratswahl zu ihrer Haltung zum Waffenrecht befragt und sie eingeladen, Vereinsmitglied zu werden. Cassis hatte dem Verein mitgeteilt, dass er gerne Mitglied werde, und war ProTell am 11. September 2017 beigetreten, wie der Generalsekretär von ProTell, Robin Udry, der Nachrichtenagentur SDA mitteilte. Brisant war diese Meldung, weil ProTell vehement die Übernahme der verschärften EU-Waffenrichtlinie bekämpft und bei deren Nicht-Übernahme ein Ausschluss der Schweiz aus dem Schengen-Raum drohen würde. Bisher hatte sich Cassis jedoch stets für die bilateralen Verträge mit der EU und das Schengen-Abkommen ausgesprochen. Politiker jeglicher Couleur reagierten prompt. CVP-Präsident Gerhard Pfister (cvp, ZG) etwa zeigte sich „erstaunt“, dass Cassis ProTell so kurz vor der Bundesratswahl beigetreten war. Als Aussenminister müsse Cassis die Bilateralen vertreten, dazu gehöre auch Schengen, sagte Pfister im St. Galler Tagblatt und schlussfolgerte: „Eine Mitgliedschaft bei ProTell ist mit dem Amt eines Bundesrates nicht kompatibel.“ Die FDP bemühte sich derweil, die Wogen zu glätten: Die Partei stehe weiterhin zu Schengen, versicherte FDP-Präsidentin Petra Gössi im gleichen Artikel.

Nur wenige Tage nach dem öffentlichen Bekanntwerden seiner ProTell-Mitgliedschaft kündigte Cassis diese am 17. Oktober 2017 wieder. „Angesichts der laufenden öffentlichen Diskussion und der Instrumentalisierung seines damaligen Beitritts hat Bundesrat Cassis seine Mitgliedschaft bei ProTell und Libertà e valori (Freiheit und Werte, das Tessiner Pendant zu ProTell; Anmerkung des Autors) aufgegeben“, liess Cassis über die Bundeskanzlei ausrichten. Es folgte erneut Kritik von Medien und Politikern: Die Zeitung Nordwestschweiz und der Tages-Anzeiger warfen Cassis Opportunismus vor, Beat Arnold (svp, UR) äusserte Zweifel an Cassis' Rückgrat, weil er im Vorfeld der Wahl „den Rechten“ habe gefallen wollen und jetzt „den Linken“. Silvia Schenker (sp, BS) verglich Cassis mit einer „Fahne im Wind“. Nur Cassis' Parteikollegen zeigten Verständnis: Der Beitritt und Austritt bei ProTell sei ein „Lapsus, der aufgrund der enormen Drucksituation während des Wahlkampfs verzeihbar ist“, so Joachim Eder (fdp, ZG) in der „Nordwestschweiz“. Auch ProTell wollte die Kündigung ihres prominentesten Mitglieds nicht überbewerten. ProTell-Vizepräsident Jean-Luc Addor (svp, VS) sagte gegenüber dem St. Galler Tagblatt, dass Cassis aufgrund seines langjährigen Engagements für Libertà e valori echte Überzeugungen für ein liberales Waffenrecht habe. Es gebe keinen Grund zu glauben, dass sich das ändern werde, so Addor.<sup>3</sup>

VERBANDSCHRONIK  
DATUM: 26.02.2018  
SAMUEL BERNET

Ende Februar 2018 **gab der amtierende Präsident von ProTell, Hans-Peter Wüthrich, seinen sofortigen Rücktritt bekannt.** Der Rücktritt kam insofern überraschend, als dass der Ex-Brigadier Wüthrich das Präsidentenamt bei der Waffenlobby-Organisation erst im Sommer 2017 angetreten hatte und damit nach acht Monaten wieder zurücktrat. In der Medienmitteilung von ProTell hiess es, Wüthrich habe das Amt aus Zeitgründen niedergelegt. Der bisherige Vize-Präsident und Walliser SVP-Nationalrat **Jean-Luc Addor übernahm das Amt des Präsidenten interimistisch** und blieb auch nach der Generalversammlung von ProTell am 14. April 2018 Präsident ad interim. Addor gilt als Hardliner, so reichte er etwa im März 2017 eine parlamentarische Initiative ein, mit welcher er das Waffentragen in der Öffentlichkeit erlauben wollte, ohne dass dafür im Voraus glaubhaft gemacht werden muss, dass die Waffe zum Schutz vor einer tatsächlichen Gefährdung benötigt wird. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats sprach sich mit 22 zu 0 Stimmen (3 Enthaltungen) gegen diese parlamentarische Initiative aus, worauf Addor den Vorstoss zurückzog. Zudem wurde Addor im August 2017 vom Bezirksgericht Sitten wegen Rassendiskriminierung zu einer bedingten Geldstrafe und zu einer Busse verurteilt. Grund für die Verurteilung war ein Tweet Addors auf der Social-Media-Plattform Twitter im Jahr 2014. Die Nachricht von einem Schusswechsel in einer Moschee in St. Gallen, bei dem ein Mann ums Leben gekommen war, hatte Addor mit den Worten «on en redemande» («wir wollen mehr davon») kommentiert. Die Suche nach einem neuen Pro Tell-Präsidenten dauerte im Sommer 2018 noch an.<sup>4</sup>

VERBANDSCHRONIK  
DATUM: 16.09.2018  
CHRISTIAN GSTEIGER

Die Basler Zeitung und der Tages-Anzeiger berichteten im September 2018 über **Mitgliederschwund, Inaktivität und finanzielle Schwierigkeiten bei der AUNS.** Von ehemals 50'000 zähle der Verband heute noch 30'000 Mitglieder; auch sei der Verein mit der Zeit gealtert: Sehr engagierte Mitglieder aus den Zeiten der EWR-Abstimmung, als noch Christoph Blocher den Verband geleitet hatte, habe man unterdessen infolge von Todesfällen verloren, wie der Jahresbericht 2017 der AUNS zitiert wurde. Da mit diesem Mitgliederschwund auch «grosszügige Gönner» verloren gegangen seien, wirke sich das auch auf das Budget aus: Bereits seit Längerem verfolge der Verband ein Sparprogramm, sodass Stellen gestrichen und günstigere Räumlichkeiten hätten gesucht werden müssen. Wie die Basler Zeitung festhielt, monierten AUNS-Mitglieder unter vorgehaltener Hand gar, der derzeitige Präsident Lukas Reimann setze die Prioritäten falsch, indem er etwa an Veranstaltungen teure Gäste wie den britischen Ukip-Chef Nigel Farage oder die ehemalige deutsche AfD-Chefin Frauke Petry einlade. Reimann konterte, ihm sei eine AUNS, die viel Geld ausbebe und etwas bewege, wichtiger als eine AUNS «mit vollem Konto und leerer Agenda». Auch könnten gerade über Social Media viele neue Mitglieder angeworben werden, nur würden diese leider nicht jeden Monat CHF 1'000 zahlen wie «einige Kämpfer der ersten Stunde». Die Inaktivitäts-Vorwürfe erklärte Reimann gegenüber der Presse damit, dass man bereits seit mehreren Jahren auf zahlreiche Aktionen verzichtet habe, um Kräfte zu sparen, welche zur Bekämpfung des institutionellen Rahmenabkommens mit der EU hätten gebraucht werden sollen – nur sei es bis jetzt eben nicht zu einem Rahmenabkommen gekommen.

Dass im November über die Selbstbestimmungsinitiative abgestimmt werde und im Folgejahr über die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie, komme der AUNS gelegen – damit könne man beweisen, dass man nicht inaktiv geworden sei, so Reimann.<sup>5</sup>

## Gewerbe, Dienstleistungen, Konsum

VERBANDSCHRONIK  
DATUM: 12.02.2019  
CHRISTIAN GSTEIGER

Der **Schweizerische Gewerbeverband** fasste Ende Januar 2019 die **Ja-Parole zur Abstimmung über die geänderte EU-Waffenrichtlinie** im Mai. Dies, obwohl SGV-Präsident Jean-François Rime (svp, FR) dem Referendumskomitee angehörte. Nachdem der Verband anfänglich gegen eine Übernahme der geänderten Richtlinie gewesen war, hatte er in der Zwischenzeit eine Kehrtwende gemacht, wie die Aargauer Zeitung festhielt: Erst war man der Meinung, dass die Vorlage das «Verhältnismässigkeitsprinzip in krasser Weise» verletze – etwa ging dem Verein bei Waffenbesitz die regelmässige Überprüfung der Vereinsmitgliedschaft zu weit –, doch dann habe sich das Parlament des Gewerbeverbandes mit einer deutlichen Mehrheit über ihren Präsidenten hinweggesetzt und sich für die Übernahme der Richtlinie ausgesprochen. Druck gemacht hätten insbesondere die Tourismus- und Gastrobranchen: Diese befürchteten bei einer Nichtannahme den Ausschluss aus dem Schengen/Dublin-Verbund, was für den Tourismus gravierende Folgen gehabt hätte, weil dann etwa Reisende aus dem asiatischen Raum bei einer Europareise für die Schweiz ein separates Visum benötigt

hätten.<sup>6</sup>

### Arbeitnehmer, Gewerkschaften

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 07.06.1997  
HANS HIRTER

Der Stimmfreigabe des SGB für die Volksabstimmung über die SP-Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr stiess bei der SP auf Verständnis. Der Gewerkschaftsbund hatte die Initiative zwar ursprünglich unterstützt, die seit der Lancierung eingetretene **Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt** veranlasste ihn nun aber zu einer Distanzierung. Der SMUV gab die Stimme ebenfalls frei, die GBI unterstützte hingegen die Initiative<sup>7</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 03.11.2009  
HANS HIRTER

In ein Dilemma gerieten sowohl der SGB als auch Travail Suisse bei der Abstimmung über die **Volksinitiative für ein Verbot des Exports von Kriegsmaterial**. An sich war ihnen die von der politischen Linken unterstützte Initiative der GSoA nicht unsympathisch. Sie mussten aber auch die Ängste vor einem Stellenabbau in den direkt betroffenen Betrieben und ihren Zulieferern berücksichtigen. Beide Dachverbände entschieden sich daher für eine Freigabe der Stimme. Von den Unterverbänden des SGB empfahl die Unia, bei der auch die Angestellten der Maschinenindustrie organisiert sind, ein Ja und der VPOD, dem Arbeiter der staatlichen Rüstungsbetriebe angehören, ein Nein.<sup>8</sup>

---

1) AZ, 10.10.07. Zu 25 Jahren GSoA siehe auch WoZ, 27.9.07; BaZ und TG, 6.10.07.

2) Hirter, Hans / Vatter, Adrian, Vox (Bern 2010): Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009. Zur GSoA vgl. auch TA, 24.10.09 und BaZ, 25.11.09.

3) AZ, SGT, TA, 14.10.17; AZ, 17.10.17; AZ, LMD, SGT, TA, 18.10.17; WW, 19.10.17; NZZ, 24.10.17; WoZ, 26.10.17; TA, 28.2.18; AZ, 10.4., 11.4.18; NZZ, 14.4.18; WoZ, 3.5.18; AZ, 30.5.18

4) Medienmitteilung ProTell vom 14.4.18; Medienmitteilung ProTell vom 26.2.18; NZZ, 18.8.17; TA, 14.10.17, 28.2.18; AZ, 10.4.18; AZ, BaZ, 11.4.18; NZZ, 14.4.18; WoZ, 3.5.18; TA, 4.5.18; AZ, 30.5.18

5) BaZ, TA, 17.9.18

6) Medienmitteilung SGV vom 30.01.19; TG, 31.1.19; AZ, SGT, 13.2.19

7) SGT, 15.4.97; TA, 7.6.97

8) BaZ, 3.11.09.